

Vortragsvorschlag zum Panel
„Zugehörigkeiten, Gerechtigkeit und die Politik der Moral“
(Julia Eckert/Anna-Lena Wolf)

**Ungerechtigkeiten im Land der Solidarität:
Die Bewegung der Volksjustiz (*Dina*) auf Madagaskar**

Peter Kneitz
Seminar für Ethnologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
und Universität Antananarivo

Kurzversion

Seit mehreren Jahren hat sich im Westen Madagaskars eine Bewegung der Volksjustiz (*Dina*) etabliert, als Antwort auf den Rückzug von Staatlichkeit und Ordnung sowie einem nicht eingelösten normativen Versprechen an nationaler Solidarität. Der Beitrag wird beispielhaft und jenseits besser bekannter westlicher Protestbewegungen das Verhältnis von Moralität, Recht und Gerechtigkeit in der aktuellen madagassischen Gesellschaft erkunden. Jenseits der lokalen Bedeutung des Phänomens der Volksjustiz sollen insbesondere der darauf aufbauende, aktuell nicht abgeschlossene Prozess der Legalisierung des Volksjustiz-Phänomens, der Formulierung von zugehörigen Gesetzen und damit die Veränderung der staatlichen und sozialen Strukturen thematisiert werden.

Paper

Die madagassische Gesellschaft zeichnet sich durch ein eigentümliches Paradox aus: Den mannigfaltigen Ungleichheiten des Zugangs zu Ressourcen und Rechten in einem der nach den Kriterien der Vereinten Nationen ärmsten Ländern der Welt steht eine dezidierte Norm der Solidarität und Brüderlichkeit (*Fihavanana*) des modernen Staates gegenüber. Diese ist in der Verfassung verankert, sie findet ihren institutionellen Ausdruck in eigens gegründeten Institutionen, sie wird rhetorisch im öffentlichen und privaten Raum zu allen möglichen Anlässen eingefordert und rituell z.B. über Zebuopfer immer wieder neu gelebt und zelebriert. Was aber passiert mit den so inszenierten Zugehörigkeiten und Bindungen, aber auch mit der Normativität selbst und den durch sie justierten gesellschaftspolitischen Strukturen, wenn Ungerechtigkeit und Unordnung in der Erfahrung des Einzelnen Überhand nehmen?

Der Vortrag wird beispielhaft die Bewegung der Volksjustiz (*dina*) herausarbeiten, wie sie im Westen Madagaskars als Reaktion auf die politische Krise ab 2009 entstanden ist. Der „empörende“ Rückzug an Ordnung und Staatlichkeit, insbesondere in peripheren Regionen,

war der Anlass zur Gründung von Bewegungen, die Ordnung und Gerechtigkeit selbst in die Hand nehmen wollten. In einer Basisbewegung wurde Grundregeln des lokalen Zusammenlebens neu ausformuliert und versucht, zeitweise mit Erfolg, der Verlust des staatlichen Versprechens an einem geordneten und gerechten Zusammenleben in eigenverantwortlicher Weise durchzusetzen. Nach und nach wurde versucht – in einem bis heute nicht abgeschlossenen Prozess - die Prinzipien der Volksjustiz auf verschiedene Weise in die bestehenden politischen und rechtlichen Strukturen zu integrieren. Diese laufende Entwicklung mit bislang offenem Ausgang verändert die normativen und institutionellen Bedingungen des Landes, ohne dass absehbar ist, dass die Lücke zwischen Anspruch der Normativität an Solidarität und der gelebten sozialen Wirklichkeit nennenswert geschlossen werden kann.

Der Beitrag erlaubt es, die Beziehungen von Politik, Recht und Moral jenseits westlicher oder westlich inspirierter Protestbewegungen im Rahmen eines weitgehend eigenständigen Kontextes zu erkunden.